



Wissenschaftsausschuss

21. Sitzung (öffentlich)

8. November 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:33 Uhr bis 17:52 Uhr

Vorsitz: Prof. Dr. Daniel Zerbin (AfD)

Protokoll: Eva-Maria Bartylla, Alexander Happ

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

	Vor Eintritt in die Tagesordnung	5
1	Gespräch zur Situation der jüdischen und israelischen Studierenden und Beschäftigten der Hochschulen	6
	– Gespräch mit sachverständigen Gästen	
2	Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024)	28
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/5000	
	Vorlage 18/1502 (Erläuterungsband)	
	Einzelplan 06, Geschäftsbereich des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft	

Beantwortung von Fragen der Fraktionen zum Einzelplan 06

Vorlage 18/1698

Vorlage 18/1699

Vorlage 18/1700

Vorlage 18/1766

Ausschussprotokoll 18/361 (Klausurtagung Haushalts- und Finanzausschuss)

– abschließende Beratung und Abstimmung

Die vorliegenden Änderungsanträge einschließlich ihrer Begründungen sowie die jeweiligen Abstimmungsergebnisse sind Vorlage 18/1914 zu entnehmen.

– Wortbeiträge

Nach Ablehnung der Änderungsanträge stimmt der Wissenschaftsausschuss dem Einzelplan 06 im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses unverändert mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP bei Enthaltung der Fraktion der AfD zu.

3 Gesetz zur Änderung des Krankenhausgestaltungsgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen, des Hochschulgesetzes, der Universitätsklinikum-Verordnung und des Gesetzes zur Umsetzung des Transplantationsgesetzes

34

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/5804

Schriftliche Anhörung
des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Stellungnahme 18/947

Stellungnahme 18/979

Stellungnahme 18/993

Stellungnahme 18/1000

Stellungnahme 18/1003

Stellungnahme 18/1018

Stellungnahme 18/1021

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Wissenschaftsausschuss stimmt Art. 1 § 16 Abs. 5 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD zu.

Den Art. 2, 3, 4 und 5 des Gesetzentwurfs der Landesregierung stimmt der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und AfD bei Enthaltung der Fraktion der SPD zu.

Den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/5804 nimmt der Ausschuss unverändert mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und AfD bei Enthaltung der Fraktion der SPD an.

4 Gesetz zur Stärkung der Wissenschaftsfreiheit 36

Gesetzentwurf
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/6376

– Wortbeiträge

Der Ausschuss beschließt, eine Anhörung durchzuführen.

**5 Die Grundschullehrerausbildung attraktiv und praxisnah gestalten –
Nordrhein-Westfalen braucht eine Pädagogische Hochschule! 37**

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/6373

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD ab.

6 Wie wird die Entwicklungspauschale in der Weiterbildung eingesetzt?
(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 1]) **38**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1842

– Wortbeiträge

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag von Dr. Bastian Hartmann (SPD), die Beratung auf die nächste Sitzung zu verschieben.

7 Wie werden die Mittel aus dem Studiumsqualitätsgesetz an den Hochschulen in NRW eingesetzt? *(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2])* **39**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1841

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag von Dr. Bastian Hartmann (SPD), die Beratung auf die nächste Sitzung zu verschieben.

8 Verschiedenes **40**

Der Ausschuss kommt überein, dass der Bedarfstermin am 6. Dezember 2023 entfällt.

* * *

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Prof. Dr. Zerbin teilt mit, dass die Sitzung live gestreamt werde.

1 Gespräch zur Situation der jüdischen und israelischen Studierenden und Beschäftigten der Hochschulen

– Gespräch mit sachverständigen Gästen

Vorsitzender Prof. Dr. Daniel Zerbin: Sehr geehrte Damen und Herren, ich bedanke mich für Ihre Bereitschaft, dem Ausschuss heute persönlich für eine Diskussion zur Verfügung zu stehen. Zunächst räumen wir Ihnen die Möglichkeit zu einem kurzen Statement ein; mit Blick auf die nachfolgenden Tagesordnungspunkte sollte es die Dauer von drei Minuten nicht überschreiten. Für das Gespräch haben wir eine Stunde Zeit.

Herr Professor Hobelsberger, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Hans Hobelsberger (Landesrektor_innenkonferenz der Hochschulen für Angewandte Wissenschaften): Es ist wunderbar, dass wir hier sein können und über dieses Thema sprechen, auch wenn es natürlich kein erfreuliches Thema ist. Ich habe im Vorfeld versucht, eine empirische Basis zu der Situation der Studierenden an den Hochschulen in Nordrhein-Westfalen zu bekommen. Ich spreche für die Hochschulen für angewandte Wissenschaften und habe mich an unterschiedliche Stellen gewandt, wobei ich zwei Rückmeldungen erhalten habe: von dem Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus und der Europäischen Janusz Korczak Akademie.

Die Quintessenz ist, dass Antisemitismus an deutschen Hochschulen nicht systematisch erfasst wird. Es besteht also ein deutlicher Nachholbedarf. Alle möglichen Dinge werden an unseren Hochschulen erfasst – Diskriminierungsvorfälle, sexuelle Übergriffe und Ähnliches –, aber eine systematische Erfassung von Antisemitismus fehlt.

Jüdische Studierende melden laut Aussagen derzeit zwei Hauptprobleme: den sogenannten israelbezogenen Antisemitismus sowie das sogenannte antisemitistische Othering, wodurch jüdische Studierende als fremd und als nichtzugehörig markiert werden. Israelbezogener Antisemitismus – das kennen Sie alles – bedeutet, dass jüdische Studierende für die Handlungen des Staates Israel verantwortlich gemacht und die Handlungen des Staates Israel wiederum antisemitisch gedeutet werden.

Es gibt an den Hochschulen deutliche Parolen wie „Drecksjude“ und Ähnliches, und auch die entsprechenden Symbole wie der Judenstern tauchen auf. Was in den sozialen Netzwerken los ist, wissen Sie alle aus den Medien.

Die jüdischen Studierenden beklagen weiterhin, dass sie kaum Anlaufstellen an den Hochschulen hätten. Die Diskriminierungsstellen sind dafür nicht ausgebildet bzw. fühlen sich für dieses Problem oft nicht verantwortlich. Hier gibt es einen dringenden Nachsteuerungsbedarf. Weiterhin – das ist für die Hochschulen aus meiner Sicht deutlich schwerwiegender – bestehen an diesen Stellen oft inhaltliche Ansätze des Postkolonialismus oder Rassismus, die wiederum oft antisemitisch gedeutet werden. Das heißt – um es relativ platt zu sagen –: Israelis sind die Weißen und Palästinenser die

Schwarzen. An diesen Stellen besteht durchaus eine Art von – ich traue mich fast nicht, es zu sagen – linkem Antisemitismus.

Abschließend drei wesentliche Punkte. Erstens müssen wir uns Gedanken darüber machen, wie wir diese Beratungsstellen weiterqualifizieren können, oder ob wir für dieses Thema eigenständige Beratungsstellen brauchen. Zweitens ist es ein deutliches Bildungsthema quer durch die Hochschulen in allen Bereichen. Drittens ist es ein Forschungsthema.

Vorsitzender Prof. Dr. Daniel Zerbin: Vielen Dank, Herr Professor Hobelsberger. Ich bitte darum, bei direkten Zitaten von Schimpfwörtern diese mehr zu beschreiben. Sonst bekommen wir Probleme bezüglich der Würde des Hauses.

Als Nächste hat Frau Professor Steinbeck das Wort.

Prof.'in Dr. Anja Steinbeck (Landesrektorenkonferenz der Universitäten in NRW): Ich bin Rektorin der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, spreche jetzt aber als Vertreterin aller nordrhein-westfälischen Universitäten zur Lage der jüdischen und israelischen Studierenden und Beschäftigten an unseren Universitäten.

Nach einer kleinen Vorbemerkung folgt ein Statusbericht, der angesichts der kurzen Abfragezeit etwas knapp ausfällt.

Die Universitäten haben sich natürlich alle einzeln und dann auch gemeinsam bei ihrem Treffen am 23. Oktober 2023 mit der aktuellen Situation beschäftigt. Es gibt einen universitären Konsens, den ich gerne wiederhole: Die Hamas ist eine mordende Terrorgruppe, und ihr menschenverachtender Überfall auf Israel ist uneingeschränkt und auf das Schärfste zu verurteilen. Es kann keinen Zweifel geben, wer bei diesem Angriff Opfer und wer Täter ist. Punkt.

Diese Aussage haben alle Universitäten in verschiedensten Meldungen auf ihren Homepages, in Briefen, in Rundmails an alle oder durch Social Media entweder anhand eigener Formulierungen oder durch Bezugnahme auf das, was die HRK formuliert hat, zum Ausdruck gebracht.

Allerdings gibt es über das von mir eben Gesagte hinaus praktisch keine unschuldigen Sätze mehr. Selbst zutiefst menschliche Gefühle wie Mitleid von Müttern, die ihre Söhne verlieren, sind im Moment politisch aufgeladen, und man muss aufpassen, dass sie nicht aus Mitgefühl, aus Angst oder auch aus verständlicher Wut fehlinterpretiert werden.

Gerade angesichts dieser Situation muss man sich noch einmal vor Augen führen, dass die Aufgabe von Universitäten nicht ist, sich allgemeinpolitisch zu positionieren und politisch in irgendeine Richtung zu wirken, wie es die beiden Konfliktparteien tun.

Die Universitäten sind Bildungseinrichtungen und Forschungsstätten. Ihre Aufgabe ist, die Bildung und Forschung für die Studierenden und für die Lehrenden bestmöglich zu gewährleisten. Diese Aufgabe nehmen wir wahr. Dazu gehört, dass wir natürlich alle Seiten hören, solange sie sich auf dem Boden unserer demokratischen Grundordnung bewegen, dass wir immer wieder betonen, dass Rassismus und Antisemitismus in

jeglicher Form bei uns keinen Platz haben und wir sie nicht tolerieren, dass wir sensibilisieren und mahnen – es wurde eben angesprochen; wir können uns bezüglich der Beratung wahrscheinlich noch besser aufstellen –, und dass wir im Rahmen unserer Möglichkeiten einschreiten, wenn wir Rassismus und Antisemitismus feststellen.

Wir sind weder die Polizei noch eine Ermittlungsbehörde. Trotz des § 51 HG sind unsere Maßnahmen bzw. Möglichkeiten überschaubar, wenn wir die Adresse der angeblichen Täter, die wir zuerst anhören müssen, nicht kennen.

Wir müssen die Sicherheit auf dem Campus gewährleisten; auch das können wir in begrenztem Maße. Ich könnte das näher ausführen, möchte es aber angesichts der Zeit jetzt nicht tun.

Wir haben natürlich die Fachkompetenz und müssen bzw. möchten das Ganze wissenschaftlich angehen. Wissenschaft lässt sich nicht auf einen Tweet, auf 120 Zeichen reduzieren.

Zur konkreten Situation auf den Campus in Nordrhein-Westfalen haben wir leider nur von 8 von 16 Universitäten in unserem Bundesland eine Rückmeldung erhalten. Deren Aussage zufolge haben sich die meisten in irgendeiner Form positioniert; das Thema ist auf ihren Campi virulent. Sie geben also Stellungnahmen bzw. Statements ab und haben Ansprechpartner bzw. Anlaufstellen zusammengefasst.

Die Heinrich-Heine-Universität hat eine Seite erstellt, auf der Studierende erfahren, wohin sie sich wenden können, und zusammen mit dem Klinikum eine neue Stelle einer psychosomatischen Ansprechperson eingerichtet. Wir weisen Lehrveranstaltung besonders aus und nehmen auch neue auf – wir haben uns ein neues Format bzw. eine neue Veranstaltung zu dem Thema überlegt –, und wir versuchen, an allen Stellen mit den betroffenen jüdischen und israelischen Studierenden in Kontakt zu treten. Mit der jüdischen Hochschulgemeinde und natürlich auch mit der muslimischen Hochschulgemeinde sowie mit dem AStA finden sehr viele Gespräche statt.

Uns ist kein besonderes Vorkommnis gemeldet worden. Meinen Unterlagen entnehme ich, dass aus Bielefeld gemeldet wurde, dass an der Universität Bielefeld Ende Oktober mehrfach die israelische Fahne abgerissen und beschmutzt wurde. Weiteres kann ich nicht wiedergeben, weil es nicht auf meinem Campus war.

Vorsitzender Prof. Dr. Daniel Zerbin: Vielen Dank, Frau Professor Steinbeck. – Wir machen weiter mit den Landes-ASten-Treffen. Frau Steinmaus und Herrn Wiegmann, auch Sie haben drei Minuten Zeit. Bitte schön.

David Wiegmann (Landes-ASten-Treffen NRW): Das Thema ist sehr wichtig und beschäftigt die ASten vor Ort und die Studierendenvertretungen. Wir und auch die verschiedenen ASten vor Ort haben wahrgenommen, dass das Klima an den Hochschulen und vor allem auch in den Studierendenschaften seit dem Angriff der Hamas auf Israel rauer geworden ist. Antisemitische Schmierereien haben auf den Campus generell, aber auch in den Räumlichkeiten der Studierendenschaften zugenommen; vergangene Woche wurden NRW-weit koordiniert antisemitische Flugblätter an den Campus verteilt. Generell entsteht ein Klima, in dem auch nichtbetroffenen Personen deutlich

wird, dass das keine angenehmen Bedingungen mehr sind, um ein Studium zu absolvieren und sich der Lehre zu widmen.

Das Thema wird auf verschiedenste Arten und Weisen von Studierendenschaften aufgegriffen. Dabei wird deutlich, dass klare Positionierungen insbesondere online oftmals dazu führen, dass einem eine Welle von Hass entgegenschlägt. Deswegen sind viele Studierendenschaften noch nicht sehr deutlich in Erscheinung getreten. Diejenigen, die es getan haben, haben oft auf Hilfsangebote wie psychologische Beratungsangebote oder Ähnliches verwiesen, welche die Studierendenschaften ihren eigenen Mitgliedern anbieten. Vonseiten des Landes-ASten-Treffens gibt es eine ziemlich deutliche Positionierung zu dem Thema.

Die Forderungen der Deutsch-Israelischen Studierendenkonferenz wurden im vergangenen Jahr beim Landes-ASten-Treffen beschlossen. Ein solcher Beschluss kann nur einstimmig erfolgen. Sobald also eine Studierendenschaft aus Nordrhein-Westfalen anwesend ist, die etwas dagegen hat, kommt er nicht zustande. Die Beschlüsse beinhalten, dass die Studierendenschaften in NRW solidarisch zu Israel stehen und sich gerade vor dem Hintergrund der Freiheit von Studium und Lehre in der Verantwortung befinden.

Viele ASten reagieren mit Veranstaltungsreihen und Ähnlichem auf das Thema. Vor allem lassen sie nicht locker, radikalen Positionen auf den Campus keinen Platz zu geben.

Vorsitzender Prof. Dr. Daniel Zerbin: Vielen Dank. – Frau Steinmaus, möchten Sie ergänzen? – Dann kommen wir zum Jüdischen Studierendenverband NRW mit Frau Nicole Pastuhoff und Herrn Jacob Horowitz. Bitte schön.

Nicole Pastuhoff (Jüdischer Studierendenverband NRW): Ich spreche als Präsidentin des Jüdischen Studierendenverbandes NRW stellvertretend für die jüdischen Studierenden. Ich kann nicht für alle sprechen, sondern nur für diejenigen, die sich an uns gewandt und mitgeteilt haben, wie es ihnen an ihrer Hochschule geht. Aus fast allen Rückmeldungen geht hervor, dass sie sich an ihrer Hochschule unwohl fühlen und dass es keine klare Solidarität gibt. Falls Solidarität besteht, dann nur pro forma, und sie kommt nicht in der Mehrheitsgesellschaft oder bei den Studierenden an.

Wir verstehen durchaus, dass die Hochschule ein Ort des Wissens und kein Ort politischer Äußerungen ist. Wir haben aber in der Vergangenheit gemerkt, dass Flaggen aus Solidarität gehisst wurden, und wünschen uns, dass auch jetzt Flaggen gehisst werden, um zu zeigen, dass es auf dem Campus keinen Platz für Antisemitismus gibt.

Wir begrüßen Rundschreiben und Instagram-Posts sehr, aber wir sehen auch, dass diese als Reaktion auf diese Instagram-Posts zahlreiche Hasskommentare erstellt werden, die nicht verdeckt werden und den jüdischen Studierenden deutlich machen, dass ihre Sorge berechtigt ist.

An vielen Hochschulen werden sehr offensichtlich Flugblätter verteilt und finden terrorverherrlichende und antiisraelische Veranstaltungen statt.

Wir als Studierendenschaft sehen das und wissen nicht, wo wir das melden können. Wir kennen die Meldestelle RIAS NRW, aber an den Hochschulen gibt es keine direkten Anlaufstellen, die sich mit Antisemitismus beschäftigen wollen. Aus persönlicher Erfahrung kann ich von der Universität Duisburg-Essen berichten: Ich habe versucht, einen Vorfall zu melden, und wurde von Person A an Person B verwiesen.

Wir bitten ausdrücklich um klare Solidarität und darum, zu zeigen, dass an den Hochschulen kein Platz für Antisemitismus, antimuslimischen Rassismus oder Sonstiges ist. Außerdem muss es konkrete Anlaufstellen geben. Diese müssen mit vorhandenen Bildungsmöglichkeiten kooperieren, damit sie geschult sind, um gegen Antisemitismus vorzugehen.

Vorsitzender Prof. Dr. Daniel Zerbin: Frau Pastuhoff, vielen Dank für Ihre Einlassungen. – Herr Horowitz, möchten Sie ergänzen?

Jacob Horowitz (Jüdischer Studierendenverband NRW): Frau Professor Dr. Steinbeck, bezüglich unserer Anliegen haben wir oft die Antwort gehört: Das ist der universitäre Raum; wir behandeln Hochschulpolitik und keine allgemeinpolitischen Themen. – Besonders an der Heinrich-Heine-Universität sind viele allgemeinpolitische Themen behandelt worden: Die Ukraine-Flagge wurde gehisst, mehrere politische Aktionen waren auf dem Campus zu sehen. Ein zentrales Beispiel war die Besetzung eines Hörsaals zum Thema „Klimaschutz“.

Wieso wird jüdisches Leben politisiert? Es ist Leben, und es braucht klare Solidarität. Solche Antworten zeigen nur, dass die Themen, um die wir uns sorgen, nicht wirklich wahrgenommen werden. Wieso richtet man den Fokus immer auf tote jüdische Menschen? Was ist mit den Lebenden? Wir brauchen diese Solidarität nicht nur am 9. November oder im Januar, sondern an jedem Tag im Jahr.

Vorsitzender Prof. Dr. Daniel Zerbin: Herr Horowitz, vielen Dank für Ihre Ergänzungen. – Frau Ministerin Brandes, wollen Sie sich äußern? Andernfalls steigen wir in die Diskussion ein.

Als Erster hat Herr Tigges von der CDU das Wort.

Raphael Tigges (CDU): Vielen Dank, dass Sie uns heute in einer sicherlich nicht einfachen Situation aus ganz unterschiedlichen Sichtweisen über die Lage informieren und uns als Diskussionspartner sowie für Fragen zur Verfügung stehen. Gerade für Sie vom Jüdischen Studierendenverband NRW dürfte es eine sehr belastende Situation sein, nicht nur immer wieder im Fokus der politischen Debatte zu stehen, sondern sich insbesondere dem alltäglichen Leben auf den Campus in Nordrhein-Westfalen zu stellen.

Wir sind uns wohl alle einig, dass wir insgesamt in diesem Ausschuss bzw. aus dem Parlament heraus für die Gewährleistung der Sicherheit jüdischer Studierender und aller Angehöriger der Hochschulgemeinde Sorge tragen. Alle Beteiligten müssen in

einem Umfeld lehren und studieren können, in dem sie sich sicher fühlen und vor allen Dingen gegen Anfeindungen, tätliche Übergriffe oder Verleumdungen gefeit sind.

Ich bin sehr dankbar dafür, dass Sie, Frau Pastuhoff und Herr Horowitz, sehr frühzeitig Gesprächsbedarf signalisiert haben. Wir, wie wir alle hier sitzen, sind sicherlich nicht so nah dran wie Sie. Wenn man nicht selbst betroffen ist, steht man ein bisschen außerhalb, guckt von außen auf die Situation und kann sich nicht in alles hineinfühlen, wie es auch gerade in dem Wortbeitrag von Herrn Wiegmann deutlich wurde. Wir versuchen mit dem heutigen Gespräch ein Stück weit dazu beizutragen, dass die Situation zumindest verkräftbar ist.

Das Problem besteht nicht nur an den Hochschulen. Wir sprechen mittlerweile über ein gesamtgesellschaftliches Problem und führen eine gesamtgesellschaftliche Diskussion, in der uns als CDU sehr wichtig ist, klare Leitplanken bzw. Grenzen zu ziehen und unseren Standpunkt sehr deutlich zu machen. Der Begriff „Staatsräson“ wurde an anderer Stelle schon bemüht. Wir bekennen uns eindeutig zu ihm und wollen aus dem Ausschuss mit unseren Möglichkeiten dazu beitragen.

Frau Steinbeck, Sie sagten, es gebe keine besonderen Vorkommnisse. Was definieren Sie aus den Hochschulleitungen – vielleicht kann Herr Hobelsberger das ebenfalls beantworten – als „besondere Vorkommnisse“? Wie weit muss das gehen? Ist das Verteilen eines Flyers mit Blick auf den dort produzierten Inhalt ein besonderes Vorkommnis? Ist es das Beschmieren einer Wand mit propalästinensischen oder terrorverherrlichenden Inhalten? Oder ist es eine Kundgebung oder Veranstaltung auf Ihrem Gelände?

Verbunden hiermit: Inwieweit wird in Ihren Rektoraten diskutiert, ob in Lehrveranstaltungen bzw. in separaten Veranstaltungen auf konkrete Leitplanken bzw. Grenzen eingegangen wird? Wir stehen ohne Frage zur Wissenschaftsfreiheit, aber inwieweit setzt man die Grenze und sagt: „Es gibt bestimmte Positionen, die für uns hier in Deutschland unumstößlich sind und zu denen wir uns bekennen“?

Zur Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden. Sie haben gesagt, Sie können in der Zuständigkeit der Hochschulen nicht alles sicherheitstechnisch lösen. Das ist sicherlich richtig. Wie funktioniert die Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden konkret? Inwieweit bekommen sie Zugang zu bzw. Einblick in Daten und Informationen aus Ihren Hochschulen, um entsprechende Vorgänge aufklären zu können?

An die Vertreter des Jüdischen Studierendenverbands NRW. Sie haben gerade sehr eindrücklich beschrieben, wie die Atmosphäre für Sie ist, und auch schon einige Verbesserungsvorschläge bzw. -ideen genannt. Für Sie ist nicht klar, an wen Sie sich wenden sollen: Wie stellen Sie sich die Begleitung an der Hochschule bzw. die in den Raum gestellte Anlaufstelle im Detail vor?

Vorsitzender Prof. Dr. Daniel Zerbin: Vielen Dank, Herr Tigges. – Als Nächstes hat Herr Dr. Hartmann das Wort.

Dr. Bastian Hartmann (SPD): Liebe Gäste, auch im Namen meiner Fraktion ganz herzlichen Dank dafür, dass Sie heute hergekommen sind und sich die Zeit genommen haben. Ich bedanke mich ganz besonders bei Frau Pastuhoff und Herrn Horowitz

dafür, dass sie uns ein bisschen in ihre Seele schauen lassen. Ich finde das sehr bedrückend und sehr beklemmend. Sie haben sich heute noch zurückgehalten und nicht so viele Details erzählt; wir haben schon häufiger miteinander gesprochen, und ich finde Ihre Erfahrungsberichte sehr besorgniserregend.

Aus der momentanen Lage resultieren mehrere Aufgaben. Wir müssen sicherstellen, dass die Hochschulen ein Raum sind, in dem sich niemand unsicher fühlt. Aktuell ist das nicht der Fall.

Herr Hobelsberger, ich stimme Ihnen zu, dass die empirisch belastbare Erfassung solcher Vorfälle sehr schwierig ist. Das liegt sicherlich auch daran, dass die RIAS NRW aktuell mehr als überlaufen ist. Wir sollten noch einmal darüber sprechen, inwiefern wir das ergänzen und ertüchtigen müssen. Aber unabhängig davon, mit wie viel statistischer Unschärfe wir solche Fälle erfassen, ist der Campus nicht sicher, sobald sich ein einziger Student bzw. eine einzige Studentin unsicher fühlt. Falls sich Betroffene beispielsweise um Safe Spaces bemühten und ihnen diese verwehrt würden, könnte ich das nicht verstehen.

Aus Sicht der Politik und damit als unsere Hausaufgabe sehe ich für den Moment mindestens zwei unabdingbare Dinge. Erstens. Ich will den jüdischen Studierenden in Nordrhein-Westfalen das Gefühl geben, dass wir an ihrer Seite stehen und sie nicht allein sind. Hoffentlich können wir das mit Veranstaltungen wie dieser zum Ausdruck bringen. Zweitens. Halten wir ausreichend starke Strukturen vor, um das sicherzustellen? Wie stark ist RIAS NRW, und brauchen wir da Ergänzungen?

Frau Pastuhoff, Herr Horowitz, welche Strukturen sind aus Ihrer Sicht außerdem erforderlich? Was fehlt Ihnen gerade? Welche ganz konkreten Bitten haben Sie an uns?

Vorsitzender Prof. Dr. Daniel Zerbin: Vielen Dank, Herr Dr. Hartmann. – Jetzt hat Frau Freimuth von der FDP das Wort.

Angela Freimuth (FDP): Auch seitens der FDP-Fraktion herzlichen Dank, dass Sie sich heute die Zeit genommen haben und mit uns diesem Anliegen nachgehen, das uns alle beschäftigt. Danke auch an die jüdischen Studierenden, die das Thema aus einer sehr persönlichen Perspektive an uns herangetragen haben.

Wir wollen, dass sich alle Studierenden und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an unseren Hochschulen – egal, woher sie kommen; egal, an wen oder was sie glauben – in ihrem Studium bzw. in ihrer Beschäftigung in diesem Land nicht nur frei und sicher bewegen, sondern sich auch so fühlen können. Das erfordert von uns allen eine entsprechend sensible Herangehensweise.

Ich danke den Vertretern der Hochschulen für ihre Klarstellung, dass an den Hochschulen keine Form antisemitischer oder rassistischer Ressentiments Platz findet. Herr Professor Hobelsberger hat angesprochen, dass eine systematische Erfassung sinnvoll wäre, um überhaupt belastbares Datenmaterial zu bekommen. Die wichtigste Frage an die Hochschulvertreter lautet: Was brauchen Sie, um eine systematische Erfassung durchführen zu können?

Was machen Sie jetzt schon, wenn von Studierenden, aber auch von den Beschäftigten solche Fragestellungen an Sie herangetragen werden? Welche Unterstützung und Hilfsangebote werden von den unterschiedlichen Hochschulen bereits angeboten? Sie haben das gerade sehr generell beantwortet. Es ist richtig, dass von den Hochschulen entsprechende Angebote erarbeitet wurden oder noch werden. Können Sie uns eine detailliertere Darstellung zur Verfügung stellen?

Vorsitzender Prof. Dr. Daniel Zerbin: Vielen Dank, Frau Freimuth. – Ich spreche jetzt als Sprecher der AfD-Fraktion.

Prof. Dr. Daniel Zerbin (AfD): Ich bin Kriminalwissenschaftler und habe mich in der Vergangenheit mit Kriegsverbrechen und mit Terrorismus beschäftigt. Dieser Vorfall am 7. Oktober 2023 ist außergewöhnlich. Wir verurteilen ihn auf das Schärfste. Art und Weise des Vorgehens sind eigentlich ohne Beispiel.

Wir werden alles tun, damit Sie hier sicher und in Frieden studieren können und sich hier wohlfühlen.

Vorsitzender Prof. Dr. Daniel Zerbin: Für die Grünen hat Herr Matzoll das Wort. Bitte.

Jan Matzoll (GRÜNE): Zunächst möchte auch ich meinen Dank ausdrücken, dass Sie alle heute von der Situation an den Hochschulen berichtet haben. Insbesondere für Sie, Frau Pastuhoff und Herr Horowitz, ist es als Betroffene noch einmal eine andere Situation. In der Öffentlichkeit und in so einer Runde darüber zu sprechen, ist wirklich viel wert und total wichtig. Dafür vielen Dank!

Vor allem Frau Professor Dr. Steinbeck hat eben viel über die Solidarität und klare Haltung der Hochschulen gesprochen. Die Allianz der Wissenschaftsorganisationen und auch die Hochschulrektorenkonferenz haben sich sehr schnell und sehr deutlich geäußert; seitens der Hochschulrektorenkonferenz übrigens auch in der Kurzform, die bei Twitter bzw. X nur möglich ist. Blickt man auf die Gesamtzahl der Hochschulen in NRW, sah das schon deutlich differenzierter aus, um es diplomatisch zu sagen. Dort bewegt man sich teilweise in einem Bereich von falsch verstandener Neutralität.

Die Wissenschaft darf sich aufgrund einer falsch verstandenen Neutralität nicht nicht positionieren. Gegenüber dem Terror, dem Faschismus, der Menschenfeindlichkeit und dem Antisemitismus der Hamas kann es keine Neutralität geben, erst recht nicht aufgrund der besonderen geschichtlichen Rolle Deutschlands. Aber auch unabhängig davon sind die Position und erst recht die Taten der Hamas mit nichts zu rechtfertigen, zu entschuldigen oder zu begründen. Man kann in diesem Konflikt nicht neutral sein.

Man kann sich schon die Frage stellen, warum es an einigen Hochschulen offenbar ein Problem darstellt bzw. nicht als Teil dessen gesehen wird, was eine Hochschule leisten kann, die israelische Flagge zu hissen. Unter anderem in Düsseldorf ist das bewusst nicht getan worden. Gerade aufgrund der Unsicherheit jüdischer Studierender oder Menschen in Deutschland zurzeit ist es sehr wichtig, dass diese sichtbaren

Zeichen der Solidarität flächendeckend vorhanden sind. Ich kann nicht nachvollziehen, warum man sich hinter dieser Neutralität versteckt.

Wissenschaftsfreiheit bemisst sich auch daran, wie sicher sich marginalisierte Personengruppen auf dem Campus fühlen können. Natürlich kann eine Hochschulleitung das Problem des israelbezogenen Antisemitismus nicht von heute auf morgen lösen, aber sie kann von ihrer Warte aus dazu beitragen, die Debatte zu schärfen und deutlich zu machen, wer Täter und wer Opfer ist und wem unsere Solidarität gilt. Es muss immer Raum für die Gefühle aller beteiligten Seiten vorhanden sein, aber nirgendwo ist Platz für Antisemitismus, Antizionismus oder antimuslimischen Rassismus.

Aus allen Redebeiträgen hat sich deutlich ergeben: Es besteht Handlungsbedarf. Wir haben bisher nicht die Strukturen und das Thema „Antisemitismus“ in Deutschland und gerade an deutschen Hochschulen bzw. im akademischen Milieu über viele Jahre vernachlässigt und verharmlost. Erst nach diesen eigentlich nicht in Worte zu fassenden kriegerischen bzw. terroristischen Akten der Hamas sprechen wir wieder darüber. Es ist gut und wichtig, dass wir das auch in dieser Runde tun.

Ich schließe mich den Fragen der Vorredner*innen an: Welche konkreten Punkte über das gerade schon Genannte hinaus müssen an Hochschulen umgesetzt werden, damit sich alle Menschen – in der aktuellen Phase sind es insbesondere jüdische Studierende – an Hochschulen wohl- und sicher fühlen können?

Vorsitzender Prof. Dr. Daniel Zerbin: Herr Matzoll, vielen Dank. – Herr Professor Hobelsberger hat das Wort.

Prof. Dr. Hans Hobelsberger (Landesrektor_innenkonferenz der Hochschulen für Angewandte Wissenschaften): Ich bin Rektor der Katholischen Hochschule Nordrhein-Westfalen. Wir haben vor drei Jahren ein Institut für Antisemitismus- und Rassismusforschung gegründet. Ich habe diese beiden Aspekte an der Hochschule bewusst zusammen verankert, was immer wieder zu verwunderten Nachfragen führt. Ich will jetzt nicht akademisch werden, warum die beiden zusammengehören und doch nicht zusammengehören, aber es zeigt sich, dass Antisemitismus und Rassismus durchaus eine unheilige Verbindung eingehen, sodass es sich lohnt, beides gleichzeitig anzuschauen.

In jedem Studiengang gibt es ein Pflichtmodul „Antisemitismus“ zur Geschichte Israels und allem, was dazugehört. Außerdem haben wir einen breiten Forschungsansatz zur Bedeutung von Antisemitismus im Kontext der heutigen Gesellschaft. Wir arbeiten eng mit einem israelischen Partner zusammen, dem Gordon College of Education in Haifa, und haben uns an unserer Hochschule sehr deutlich positioniert, und zwar so deutlich, dass ich hochschulintern aufgrund der geschilderten Argumente „Wissenschaftsfreiheit“, „Ausgewogenheit“, „Im Kontext von Wissenschaft muss doch alles gedacht werden“ die Nachfragen erhalte: Wie kann sich eine Hochschule erlauben, eine klare Positionierung im Kontext eines Forschungsgeschehens vorzunehmen?

Wir brauchen diese klare Positionierung, weil es auch im Kontext von Forschung und Lehre bestimmte Voraussetzungen gibt. Das gilt für die Physik genauso wie für die

Sozialwissenschaft. Eine klare Positionierung zu Antisemitismus ist eine unabdingbare Voraussetzung.

Was tun wir an der Hochschule und unsere Kolleginnen und Kollegen konkret? Uns und auch die Hochschulrektorenkonferenz in der nächsten Woche treibt die Grundfrage um: Wie schaffen wir an Hochschulen Orte, an denen diese Dinge ausgetragen werden?

Wir haben auch eine Partnerschaft mit einer Hochschule in Bethlehem. Am Tag nach dem Überfall sollte bei uns eine Veranstaltung zur Lage im Westjordanland stattfinden. Ich habe diese Veranstaltung sofort abgesagt, weil mir nicht klar war, was man sagen kann oder aus welcher Perspektive man das betrachtet.

Natürlich kommt dann der Vorwurf: „Wo bleibt denn die andere Perspektive?“, und die muss es geben. Wir müssen an den Hochschulen also darüber nachdenken, wie wir vor dem Hintergrund des Antisemitismus Orte schaffen, an denen diese unterschiedlichen Sichtweisen diskutiert werden können. Das ist für uns eine zentrale Frage.

Bei uns geschieht dies häufig in den Vorlesungen, weil wir dezidiert Vorlesungen zu Antisemitismus und Rassismus anbieten. Aber viele der Hochschulen für angewandte Wissenschaften in Nordrhein-Westfalen sind technische Hochschulen ohne sozialwissenschaftliche Fachbereiche. Die Universitäten haben es unter Umständen etwas leichter, weil es dort in den Sozialwissenschaften ausgewiesene Antisemitismusforscherinnen und -lehrende gibt.

Mein Vorschlag lautet, dass wir uns als Hochschulen zusammentun und überlegen, was für einen Bildungsbedarf wir haben, ihn dann gemeinsam artikulieren und überlegen, wer ihn decken kann bzw. wo neue Kapazitäten aufgebaut werden müssen. Das ist der erste konkrete Bereich.

Der zweite Bereich betrifft die Anlaufstellen bzw. die Beratung. Die Beratung ist an den Hochschulen verankert, daher müsste man sich die bestehenden Strukturen und Kapazitäten anschauen und dort ansetzen. Ich bin kein Freund davon, dass wir zum Thema „Antisemitismus“ Parallelstrukturen aufbauen, sondern dass wir die bestehenden Strukturen so qualifizieren, weiterentwickeln und vielleicht auch ausbauen, dass sich Studierende mit solchen Erlebnissen an den Hochschulen dort hinwenden können.

An meiner Hochschule besteht auch der gegenteilige Effekt, dass Studierende aus muslimischen Ländern sagen: „Ich traue mich an dieser Hochschule nicht, meine Meinung zu sagen“. Ich reagiere immer relativ ungehalten, aber es gibt natürlich auch solche, die sagen: „Hier ist eine so eindeutig prosemitische, proisraelische Stimmung, dass ich mich hier unwohl fühle.“ Diese Stimmen gibt es auch aus dem Kollegium, und wir als Hochschulen müssen damit umgehen.

Vorsitzender Prof. Dr. Daniel Zerbin: Vielen Dank, Herr Professor Hobelsberger. – Frau Professor Steinbeck, bitte.

Prof.'in Dr. Anja Steinbeck (Landesrektorenkonferenz der Universitäten in NRW): Herr Tigges, Sie fragen völlig zu Recht danach, was besondere Vorkommnisse gewesen

sind. Die LRK hat eine Umfrage bei allen 16 Universitäten durchgeführt, in der laut einer Rückmeldung an mich die Rektoren, oder wer auch immer geantwortet hat, auf die Frage: „Was war bei euch?“, anscheinend geschrieben haben: „Es gab keine besonderen Vorkommnisse.“ Ich interpretiere das so, dass ein Flyer oder eine Schmiererei noch nicht darunterfallen.

Genau eine Woche vor dem Angriff hatten wir ein Hakenkreuz bei uns an der Universität. Darüber werden sofort die Polizei und der Staatsschutz informiert, und dann wird das überstrichen. Insofern wird da die Schwelle etwas höher gewesen sein, was die formelle Anfrage angeht.

Ganz konkret zur Heinrich-Heine-Universität. Wir haben unter anderem ein Schreiben an alle 30.000 Studierenden und 4.500 Mitarbeiter gesandt, in dem wir uns deutlich positioniert haben. Das gilt auch bezüglich der Anlaufstellen für etwaige Vorkommnisse: Bei Vorkommnissen in der Lehrveranstaltung direkt an den Lehrenden, an den Dekan oder eben auch an mich wenden.

Herr Wiegmann hat völlig recht: Im Moment ist bei uns jedes Ereignis ein besonderes Ereignis. Ich kann nicht sagen, ob sie in ihrer Häufigkeit zugenommen haben, oder ob sie jetzt nur an mich gemeldet werden und sich vorher niemand gerührt hat.

Laut dem AStA, mit dem ich eben ein einstündiges Treffen hatte, und ihrem Diskriminierungsmelder hat die Zahl der Vorfälle in den vergangenen zwei Wochen deutlich zugenommen. Sehr häufig sind es anonyme Meldungen: Derjenige, der schreibt, bleibt anonym und nennt auch nicht Ross und Reiter, was es für uns dann natürlich sehr schwierig macht.

Ohne zu sehr ins Detail gehen zu wollen, ist es im Moment so, dass wir bei ganz konkreten Meldungen versuchen, dem nachzugehen. Das ist bei einem Twitter- bzw. X-Account nicht ganz einfach. Dann wissen wir zwar den Namen, haben aber nicht einmal die Anschrift der Studierenden; diese Angabe ist nicht verpflichtend. Wir haben nur eine E-Mail-Adresse. Man kann die Anschrift angeben, diese Angabe ist bei der Einschreibung aber nicht mehr und schon gar nicht, wenn man umzieht, nötig. Das heißt: Wenn wir – ich habe es eben kurz angedeutet – den Ordnungsausschuss einberufen, müssen wir zuerst den Anderen hören: Was sagen Sie zu diesen Vorwürfen? – Wir brauchen eine zustellungsfähige Anschrift, an die wir den Vorwurf senden können.

Auch zum Thema „Sicherheitsbehörden“ kann ich leider nur für meine Hochschule sprechen. Die Polizei ist nicht täglich auf dem Campus. Es gibt einen Sicherheitsdienst, der normalerweise in Zeiten ohne öffentlichen Verkehr patrouilliert, also in den Abendstunden und nachts. Vor ungefähr einem Jahr haben wir diesen nicht angesichts konkreter Vorfälle in Deutschland, sondern wegen der MeToo-Bewegung insgesamt auf Wunsch von Professorinnen verstärkt – aber nicht tagsüber. Allerdings haben wir vor zwei Wochen angefragt, und seit dieser Woche patrouillieren zwei Sicherheitskräfte von Securitas auch tagsüber auf dem Campus, die – wie in der U-Bahn – wenigstens ein bisschen das Gefühl von Sicherheit vermitteln sollen. Wenn konkret etwas passiert, müssen die aber natürlich auch die Polizei anrufen.

Zu Ansprechpartnern habe ich etwas gesagt. Ich stimme allem hier Gesagten zu; da ist auf alle Fälle etwas zu tun. Wir sollten das aber auch mit anderen marginalisierten

Gruppen abstimmen. Frau Brandes weiß, dass wir die MeToo-Diskussion in der Wissenschaft haben und uns auch da überlegen, wie wir uns aufstellen. Das sind natürlich ganz andere Fälle, aber es werden immer Ansprech- und Beratungspersonen benötigt. Wir nehmen als erste Schwierigkeit wahr, dass die Betroffenen bei einem zu großen Angebot anfangs überhaupt nicht wissen, wohin sie gehen sollen. Das genau richtig einzuordnen: „Was war das jetzt für ein Vorfall?“, ist nicht so einfach. Wir überlegen uns gerade ein ganz neues System an der Heinrich-Heine-Universität, wie wir das aus der Betroffenenpersicht denkend vereinfachen können.

Zur falsch verstandenen Neutralität. Ich habe das Gefühl, dass Sie jetzt zu derjenigen sprechen, die in der Kirche sitzt. Wenn es um Gläubige geht, sagt man auch, man soll nicht zu denen sprechen, die in der Kirche sitzen. Ich bin eine der auf Twitter bzw. X aktivsten Rektorinnen in Deutschland; ich habe mich da sehr deutlich positioniert und sogar Dank aus dem Bund erhalten, weil ich ausdrücklich etwas gegen Antisemitismus geschrieben habe. Da sind die Positionierungen sehr deutlich.

Wir haben die Flagge nicht gehisst, und wenn Sie sich die 110 Universitäten in Deutschland anschauen, dann befinden wir uns damit in sehr guter Gesellschaft. Es gibt nicht viele, die die Flagge gehisst haben.

Ich halte es auch nicht für das richtige Zeichen. Die Flagge ist ein Hoheitszeichen eines Staates. Das ist ein völliges Commitment mit der Politik dieses Staates, und damit für mich – jetzt werde ich persönlich, weil es natürlich eine persönlich geprägte Einschätzung ist – mit der Politik Netanjahus. Wenn ich zum Ausdruck bringen möchte, dass ich gegen Antisemitismus und Rassismus in jeglicher Form bin, dann möchte ich das mit diesen Worten tun und nicht durch ein staatliches Hoheitszeichen, das die ganze Politik Israels repräsentiert. Das sind für mich einfach zwei Dinge.

Wir haben nach dem Angriff auf die Ukraine die Friedenstaube aufgehängt, die allerdings – das gebe ich zu, das war mir nicht mehr in Erinnerung – die Farben der ukrainischen Flagge enthalten hat. Ich sehe aber zwischen einer Stellungnahme für die Ukraine und für Israel und dem Aufhängen von Flaggen einen Unterschied, und ich sehe auch einen Unterschied darin, ob Klimaaktivisten einen Hörsaal besetzen, oder ob wir eine Flagge hissen. Ich weiß aber nicht, ob es sinnvoll ist, hier eine halbe Stunde über das Flaggehissen zu diskutieren.

Vorsitzender Prof. Dr. Daniel Zerbin: Vielen Dank, Frau Professor Steinbeck. – Wir haben uns keine Fragen für das Landes-ASTen-Treffen NRW aufgeschrieben, aber Sie erhalten trotzdem die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Amanda Steinmaus (Landes-ASTen-Treffen NRW): Tatsächlich beobachten wir verstärkt antisemitische Schmierereien und das Abreißen von Postern, und auch Hasskommentare sind in viel größerer Zahl vorhanden, als wir das vorher gekannt haben. Nichtsdestotrotz sind das alles Dinge, die auch vorher schon an den Hochschulen und in den Städten aufgetreten sind.

Ich studiere ebenfalls an der Universität Duisburg-Essen. In der Stadt kennt man natürlich die aktuellen Bilder und die Bilder aus dem Jahr 2014, die im negativsten Sinne

sehr eindrücklich sind. Zugleich hat man aber auch in der Hochschulpolitik und im AStA in den vergangenen Jahren die Erfahrungen gemacht, dass immer wieder antisemitische Schmierereien in den AStA-Fluren vorgekommen sind; innerhalb der Hochschulpolitik gab es zum Teil starke Bewegungen, die dezidiert antiisraelische Veranstaltungen durchführen wollten und das auch getan haben.

Das zeigt sich immer wieder und verdeutlicht, dass man sich nicht nur mit diesem Thema befassen muss, wenn man praktisch nicht drumherum kommt, sondern es eigentlich seit Jahrzehnten viel stärker hätte angegangen werden müssen. Es gibt leider innerhalb der gesellschaftlichen Linken solche Strömungen, und es hat sie mit grauseligen Ereignissen auch schon vor Jahrzehnten gegeben. Es ist ganz wichtig, dran-zubleiben und linken Antisemitismus und islamistischen Antisemitismus auch außerhalb dieser Situation ernst zu nehmen, insbesondere auf dem Campus.

Die Universitäten und Hochschulen sind eigentlich die Orte, an denen die Studierenden die Möglichkeit haben, sich weiterzubilden und sich vielleicht auch von ihrem Elternhaus bzw. von dem, was sie traditionell erfahren haben, zu emanzipieren. Diese Räume zu schaffen, ist besonders schwierig, aber auch besonders wichtig. Das gilt für jüdische Studierende, Studierende aus muslimischen Elternhäusern wie auch gesamtgesellschaftlich für alle Studierende, damit sie sich weiterbilden können. Wie man diese Aufgabe lösen soll, sei dahingestellt. Viele Lehrende bringen nicht die Kompetenzen mit. Natürlich sind nicht alle für alles Expert*innen. Das ist unser Plädoyer.

Vorsitzender Prof. Dr. Daniel Zerbin: Mit Blick auf die Zeit gebe ich zunächst dem Jüdischen Studierendenverband NRW das Wort, dann Frau Ministerin, und dann würde ich abschließen. Frau Freimuth, dann ist eine Stunde um, und ich würde keine Anfragen mehr zulassen.

(Angela Freimuth [FDP]: Herr Vorsitzender, ich hatte mich vorhin noch gemeldet und glaube, die fünf Minuten schaffen wir dann noch gemeinsam!)

– Dann geht es aber weiter. – Erst einmal hat der Jüdische Studierendenverband NRW das Wort.

Jacob Horowitz (Jüdischer Studierendenverband NRW): Frau Professor Dr. Steinbeck, danke, dass Sie eine weitere Erklärung abgegeben haben, wieso es keinen Sinn ergebe, in Solidarität die israelische Flagge zu hissen. Auch jüdische Menschen kritisieren die israelische Regierung – viele Aktive von uns tun dies –, und es ist Teil eines demokratischen Rechts, die Politik eines Staates zu kritisieren. Angesichts des größten Pogroms seit dem Ende der Schoah ist es aber eine lächerliche Erklärung, keine Solidarität mit einem Staat zu zeigen, der für die Sicherheit jüdischer Menschen nach der Schoah gegründet wurde. Ich bitte Sie, sich zu diesem Thema noch einmal zu bilden; das war leider keine zufriedenstellende Erklärung.

Zur Beantwortung der Frage nach den besonderen Vorfällen. Es ist einer der Gründe, warum jüdische Studierende Angst haben, sich zu melden. Der 7. Oktober 2023 ist ein sehr traumatisches Erlebnis für jüdische Menschen weltweit, wodurch ein internalisiertes

Trauma wiederaufkommt. Es kommt zu einer Ohnmacht in den Universitäten und der Hochschulpolitik, während jüdische Aktive tagelang auf eine Antwort warten und in der Zwischenzeit versuchen, ihren Studierenden zu helfen. Dabei sind sie total hilflos und hören von Rektoren öfter die Sätze: „Wir wollen uns nicht aus dem Fenster lehnen“ und „Wir haben Angst vor Hassnachrichten“.

An der Hochschule Düsseldorf gab es ein prägendes Beispiel von einem israelsolidarischen Post, der Hasskommentare abbekommen hat. In der Reaktion hat die Hochschule diesen Post gelöscht. Das ist eine Reaktion, die jüdische Studierende im Netz erleben. Das ist von der Rektorensseite sehr besorgniserregend.

Das von Frau Professor Dr. Steinbeck erwähnte Rundschreiben kam auf Druck von jüdischen Studierenden zustande, die sich in eine riskante Situation begeben haben, indem sie ausgesagt und die problematische Situation auf den Tisch gelegt haben. Jüdische Studierende haben Angst, etwas zu melden, weil sie ein Risiko eingehen.

Leider erleben wir eine sehr problematische Hochschulpolitik der ASten in NRW von Die Linke.SDS-Fraktionen, aber leider auch von einigen Campusgrün-Fraktionen.

Ebenfalls ein prägendes Beispiel ist das Moratorium in Münster, von dem einige von euch schon wissen. Demnach gebe es keinen Raum für gewisse Nahost-Themen. Deshalb kann auch das Junge Forum der Deutsch-Israelischen Gesellschaft quasi nichts an der Universität machen, genauso wie leider an der Uni Düsseldorf.

Oft gibt es keine Antidiskriminierungsstellen an den Universitäten. Wenn es sie gibt, dann sind sie angebunden an die Hochschulpolitik. In einer Sitzung des Studierendenparlaments in Düsseldorf hat eine Referentin des Antidiskriminierungsreferats auf die Frage, wieso man keine israelischen Flaggen in Solidarität hisse, wie man es bei der Ukraine getan habe, gesagt – Zitat –: Wir stellen uns doch nicht auf die Seite eines Staates, der Kriegsverbrechen begeht.

Auch von der Hochschulpolitik wurde unter anderem untersagt, irgendetwas Aktivistisches in der Form zu unternehmen.

Eine Studierende der Fraktion von Campusgrün hat gesagt: Wir beschäftigen uns mit Hochschulpolitik; es geht nicht um Geiseln oder jüdisches Leben. – Wir bemerken eine Politisierung, eine Ohnmacht und einen Vertrauensverlust jüdischer Studierender, die nicht wissen: An wen kann ich mich wenden? Meine Hochschulen reagieren nicht und sie wollen nicht reagieren. – Die Hochschulpolitik ist ohnmächtig oder vertritt leider tendenziell antisemitische Meinungen. Struktureller Antisemitismus ist ein Problem in diesem Bundesland.

Wir haben öfter darauf hingewiesen, dass NRW der Lackmустest dafür ist, wie es jüdischen Studierenden an Hochschulen in ganz Deutschland geht. In NRW sind der größte Landesverband in der Bundesrepublik und sehr viele zentrale Universitäten. Die heutige Sitzung ist wichtig, damit wir drücken, wo es weh tut.

Der Publizist Ruben Gerczikow hat es auf einer Veranstaltung in Dortmund sehr gut gesagt: Antisemitismus sollte nicht unter Rassismus subsumiert werden. Verschiedene Arten von Diskriminierung haben sehr viele eigene Phänomene. Antisemitismus

kommt von rechts, von links, aus dem universitären Raum und von islamistischen Strukturen.

Islamistische Flyer auf dem Campus sind ein Problem, wenn sie von einer Nachfolgeorganisation stammen, gegen deren Vorgänger seitens des BMI ein Betätigungsverbot ausgesprochen wurde. Das ist ein besorgniserregender Vorfall.

Vorsitzender Prof. Dr. Daniel Zerbin: Vielen Dank. – Die Zeit ist schon überschritten. Frau Freimuth, ich würde Ihre Frage noch zulassen und Sie vor der Ministerin ...

(Nicole Pastuhoff [Jüdischer Studierendenverband NRW]: Ich würde gerne noch auf die Frage nach den Forderungen eingehen!)

– Bitte ganz in Kürze. Wir haben eine ... Herr Tigges.

Raphael Tigges (CDU): Mit Verlaub, eine Frage zur Geschäftsordnung. Zwar haben wir einen Zeitrahmen von einer Stunde vereinbart, aber ich finde es durchaus in Ordnung, diesem Thema einen angemessenen Raum zu geben, ...

(Beifall)

damit wir das in Ruhe behandeln können, ohne Druck und ohne, dass in jedem zweiten Satz auf die Zeit verwiesen und das so unterbunden wird. Dafür ist das Thema zu wichtig.

Ich bitte darum, dass die Ministerin ausreichend zu Wort kommt und wir möglicherweise auch noch eine zweite Fragerunde anschließen. Die halbe Stunde haben wir dann auch noch.

Vorsitzender Prof. Dr. Daniel Zerbin: Herr Tigges, das können wir gerne machen. Ich versuche mich nur an Ihre Vorgaben zu halten, und die lautete: eine Stunde.

Ich lasse abstimmen: Wer ist dafür, dass wir um eine halbe Stunde verlängern? – Okay, dann machen wir das so.

Frau Pastuhoff, Sie wollten etwas sagen.

Nicole Pastuhoff (Jüdischer Studierendenverband NRW): Zu der Frage, was wir konkret fordern, damit sowohl den Hochschulen als auch den jüdischen Studierenden geholfen werden kann.

Uns ist durchaus bewusst, dass viele Antidiskriminierungsstellen nicht hinreichend geschult sind, um mit Antisemitismus umgehen zu können. Die Behauptung, ein Breitband an Anlaufstellen könne die Betroffenen verwirren, wohin sie sich wenden sollten, ist nicht ganz zutreffend. Eine konkrete Anlaufstelle führt zu einem gesteigerten Vertrauen; man würde sich eher trauen, gewisse Namen zu nennen, weil man weiß, dass einem auch wirklich zugehört wird und der Vorfall nicht einfach abgetan wird mit Äußerungen wie: „Dazu weiß ich leider nichts“, „Dafür bin ich nicht zuständig“ oder „Sieh selbst zu, an wen du dich wendest.“ Das ist leider die Realität, die wir im vergangenen Monat noch einmal verstärkt zu spüren bekommen haben.

Wir bitten darum, dass die bereits vorhandenen Antidiskriminierungsstellen ausgebaut und idealerweise von der Hochschulpolitik getrennt werden, damit sie sich auch wirklich unparteiisch und unabhängig mit den Problemen befassen können, und dass sie vor allem auch, aber nicht nur, im Rahmen von Antisemitismus verstärkt geschult werden. Außerdem müssen bereits vorhandene Bildungsmöglichkeiten genutzt werden.

Auf RIAS NRW wurde heute mehrfach verwiesen. Das ist eine Meldestelle für Studierende und jegliche Personen. Aber: Erstens ist es für Studierende schwierig, an so eine zentrale Meldestelle zu kommen, weil sie sehr weit von ihr entfernt sind und es für sie einfacher ist, an ihrem Campus das konkrete Geschehen zu nennen. Zweitens hat der Bundesverband RIAS bereits gesagt, dass aufgrund des ansteigenden Antisemitismus seit dem 7. Oktober 2023 seine Kapazitäten überstiegen seien. Er könne seine Statistiken nicht mehr verfolgen; die Priorität liege auf der Auseinandersetzung mit Betroffenen, was wir begrüßen.

Die vorhandenen Bildungsmöglichkeiten und Meldestellen müssen ausgebaut werden, damit sie auch weiterhin im Rahmen ihrer Kapazitäten und dem Bedarf der Betroffenen entsprechend dem Geschehen nachgehen können. Damit nicht nur eine Meldestelle für ganz NRW zuständig sein muss, bitten wir um unabhängige Anlaufstellen für Antisemitismus in den bereits bestehenden Antidiskriminierungsstellen an den Hochschulen, die von SABRA bzw. ADIRA geschult werden.

Vorsitzender Prof. Dr. Daniel Zerbin: Vielen Dank, Frau Pastuhoff.

Ich bitte die Sachverständigen, auch untereinander sachlich zu bleiben und nicht negativ zu bewerten, was die anderen sagen. Das ist ganz wichtig. Wir behandeln hier eine sehr emotionale Thematik, und ich merke auch, dass es brodelt. Das ist alles sehr verständlich.

Frau Professor Steinbeck, Sie sind mehrmals angesprochen worden. Wollen Sie sich dazu kurz äußern?

Prof.'in Dr. Anja Steinbeck (Landesrektorenkonferenz der Universitäten in NRW):

Ich kläre nachher mit Herrn Horowitz, dass er bei der Wahrheit bleiben soll. Das machen wir nachher untereinander.

Vorsitzender Prof. Dr. Daniel Zerbin: Okay. – Frau Freimuth hat das Wort.

Angela Freimuth (FDP): Frau Professorin Steinbeck, vielen Dank für die sehr persönliche Einordnung. Jeder ist an der Stelle von unterschiedlichsten Sichtweisen geprägt.

Zu innenpolitischen Diskussionen in einem anderen Land. Ich bin Transatlantikerin, und es gibt sicherlich auch die eine oder andere innenpolitische Diskussion in einem Partnerland, die Anlass für Diskussionen und kritische Begleitung gibt. Es ist uns allen nicht verborgen geblieben, dass es auch in Israel eine sehr heftige innenpolitische Auseinandersetzung zum Beispiel um die Justizreform gibt. In jeder Demokratie gibt es meistens mehr als eine Meinung, ansonsten muss man sich sicherlich auch infrage stellen.

Weil Sie persönlich eine Bewertung vorgenommen haben bzw. geschildert haben, wie Sie zu bestimmten Entscheidungen gekommen sind, schildere ich von meiner Seite, wie ich mich an diese uns alle beschäftigende Fragestellung heranbegeben habe. Aus meiner Sicht macht es einen Unterschied, ob ich eine Begleitung und eine innenpolitische Diskussion unreflektiert aufgreife oder ob in einer Konfliktsituation das Existenzrecht eines souveränen Staates und Mitglieds der Völkergemeinschaft infrage gestellt wird. Das hat bei mir persönlich zu einer anderen Entscheidung geführt, als Sie sie für sich dargestellt haben. Ich kritisiere das nicht, aber das ist ein Punkt, an dem wir miteinander in unserem Land in den gesellschaftlichen Diskurs eintreten müssen, weil es die Grundlagen und die Fundamente zum Beispiel der Charta der Vereinten Nationen betrifft.

Vorsitzender Prof. Dr. Daniel Zerbin: Vielen Dank, Frau Freimuth. – Herr Matzoll, Sie haben das Wort.

Jan Matzoll (GRÜNE): Frau Professor Dr. Steinbeck, ich bin sehr irritiert aufgrund Ihrer Äußerung zur israelischen Flagge und den Unterschieden, die Sie in Bezug auf die Ukraine angeführt haben. Beide Staaten haben ein Existenzrecht und wurden brutal angegriffen, und ich höre da sehr klar doppelte Standards heraus. Das erlebt man in Bezug auf israelbezogenen Antisemitismus immer wieder. Ich würde mich natürlich freuen, wenn ich Sie missverstanden habe und Sie das anders sehen.

(Prof.'in Dr. Anja Steinbeck [Landesrektorenkonferenz der Universitäten in NRW]: Ja, das haben Sie!)

Zu sagen, die israelische Flagge zu hissen sei etwas anderes, als es das in Bezug auf die Ukraine sei, finde ich sehr schwer verdaulich.

Und jetzt so zu tun ... Benjamin Netanjahu ist nicht Israel. Wie man auf diese Idee kommt, kann ich mir auch nicht erklären. Wenn jemand eine deutsche Flagge hisst, dann gehe ich auch nicht davon aus, dass er Olaf Scholz besonders toll findet. Das kann sein, muss aber nicht. Das hat nichts miteinander zu tun.

Sich gerade in diesem Kontext, in dem es um einen brutalen, unmenschlichen, faschistischen Angriff auf einen Staat geht und darum, diesen Staat und jüdisches Leben zu vernichten, nicht dazu durchringen zu können, eine israelische Flagge zu hissen, erschließt sich mir nicht. Diese doppelten Standards anzusetzen, irritiert mich sehr. Ich würde mich freuen, wenn Sie das klarstellen würden.

(Prof.'in Dr. Anja Steinbeck [Landesrektorenkonferenz der Universitäten in NRW]: Dazu sage ich gerne noch einmal etwas! So wollte ich die doppelten Standards nicht ...)

Vorsitzender Prof. Dr. Daniel Zerbin: Nein, Frau Steinbeck ...

(Prof.'in Dr. Anja Steinbeck [Landesrektorenkonferenz der Universitäten in NRW]: Ach so, darf ich nicht? Entschuldigung!)

– Nein, noch nicht. Ich erteile Ihnen gleich noch einmal das Wort. – Herr Matzoll, sind Sie fertig? – Als Nächster hat Herr Dr. Hartmann das Wort.

Dr. Bastian Hartmann (SPD): Wir als Gesellschaft müssen das Versprechen „Nie wieder!“ auch mit Symbolen aufladen und hinterlegen und damit glaubwürdig machen. Die Situation ist schwierig, und manche Symbole und Sätze werden vielleicht auch übergedeutet und auf die Goldwaage gelegt. Gleichwohl schaffen wir es gerade offensichtlich nicht, das Versprechen „Nie wieder!“ mit unseren Symbolen und unseren Gesten so aufzuladen, dass ihm alle Jüdinnen und Juden in Deutschland glauben können. Das sollte uns allen zu denken geben.

Auch nach meinem Empfinden ist eine Flagge ein gutes Symbol, um es zu untermauern. Andere Gesten sind uns auch klar: die Beteiligung an Chanukka-Festen, ein enger Austausch mit jüdischen Gemeinden, Menschen jüdischen Glaubens zu vermitteln, dass sie in unserer Mitte Platz haben. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass uns als Gesellschaft eine glaubwürdige Symbolisierung dieses Versprechen zurzeit nicht gelingt. Das bringe ich in die politische Debatte ein, ohne über einzelne Entscheidungen vor Ort zu richten.

Außerdem müssen wir dieses Versprechen auch mit Infrastruktur hinterlegen. Wenn sich manche Antidiskriminierungsstellen nicht für antisemitische Vorfälle zuständig fühlen, dann müssen wir diese Strukturen hinterfragen. Dass das Bedürfnis besteht, diese Beratungsstellen von der Hochschulpolitik zu lösen, ist sehr aussagekräftig, weil wir sie ursprünglich dort angelegt haben, damit sie unabhängig von der Hochschulverwaltung sind. Wir müssen also konzeptionell noch einmal gemeinsam überlegen, wie solche Strukturen richtig aufgestellt sind. Die Gefahr, dass es zu viele Beratungsstellen gibt, die zu unübersichtlich sind, kann man sehen; ich habe diesen Eindruck aber gerade nicht.

Die beiden Punkte sind mir wichtig: das Versprechen mit Symbolen klar zu unterstreichen und die Infrastruktur dafür zu schaffen.

Vorsitzender Prof. Dr. Daniel Zerbin: Vielen Dank, Herr Dr. Hartmann. – Frau Professor Steinbeck, jetzt haben Sie das Wort.

Prof.'in Dr. Anja Steinbeck (Landesrektorenkonferenz der Universitäten in NRW): Diese Unterscheidung zur Ukraine wollte ich so, wie Sie sie dargestellt haben, nicht treffen. Ich meine eher, dass wir rückblickend auch bei der Ukraine die Flagge nicht hätten hissen sollen, weil ich es als Symbol nicht richtig finde, auf einem Campus eine Flagge zu hissen. Wenn das anders gesehen wird, dann sollten es alle Universitäten und Hochschulen in Nordrhein-Westfalen tun. Die Gefahr einer Fehlinterpretation durch palästinensische Studierende haben wir im Rektorat als größer angesehen.

Der Brief war bereits fertig, als die jüdische Gemeinde zu mir kam. Er ist allerdings auf Druck der jüdischen Studierenden um einen Satz ergänzt wurde – das stimmt –, aber das sind jetzt wirklich Interna. Der Brief war weitgehend formuliert, und ihnen war ganz

wichtig, dass wir bei antisemitischen Vorfällen die Exmatrikulation als Maßnahme nennen.

Nachdem wir den Brief veröffentlicht haben, kamen am gleichen Tag – nur als ein Beispiel – zwei palästinensische Medizinstudierende, zwei junge Frauen im Alter von 19 und 20 Jahren, zu mir und wollten unbedingt einen Termin haben. Sie standen heulend bei mir in der Tür und fragten: Wenn wir jetzt einen palästinensischen Schal tragen, werden wir dann von Ihnen exmatrikuliert?

Ist das Hissen der israelischen Flagge nicht ein Zeichen für palästinensische Studierende, die möglicherweise auch vor der Hamas hierhin geflohen sind, dass sie auf dem Campus nicht erwünscht sind und dass wir einseitig Position beziehen? Oder sie sagen: Warum hängt da nicht unsere, also die palästinensische, Flagge?

Es sind nicht viele Universitäten, die die ... Ich verstehe gar nicht, warum jetzt diese Flagge ... Es ist doch viel wichtiger, dass wir etwas tun: dass wir den Dialog suchen, dass wir mit den muslimischen und jüdischen Hochschulgemeinden und dem AStA sprechen, dass wir Diskussionsforen schaffen.

Glaubt irgendjemand in diesem Saal ernsthaft, dass die Hochschulleitung der Universität Düsseldorf das Existenzrecht Israels infrage stellt? Das möchte ich jetzt mal ... Das kann doch hier niemand glauben. Das würde jetzt zu weit führen. Ich wollte diese Dinge nicht so persönlich diskutieren, aber diese Flagge scheint an der Heinrich-Heine-Universität wirklich das Thema zu sein.

Vorsitzender Prof. Dr. Daniel Zerbin: Okay, vielen Dank, Frau Professor Steinbeck. Frau Ministerin, wollen Sie sich jetzt ...? – Herr Tigges möchte noch einmal ergänzen. Bitte schön.

Raphael Tigges (CDU): Die Diskussion macht deutlich: Es ist sehr gut und sehr richtig, dass wir heute über dieses Thema intensiv diskutieren und uns besprechen. Vielleicht leiten wir auch im Nachgang daraus ab, wie wir das politisch flankieren.

Die Debatte macht sehr deutlich, dass es eine gewisse Problematik in der Deutung der Zusammenhänge gibt und sehr unterschiedliche – nicht Auffassungen oder so ... Frau Professor Steinbeck, ich glaube, niemand unterstellt Ihnen eine Infragestellung oder dass Sie anderer Auffassung sind.

Es ist gut, noch einmal herauszuarbeiten, wo wir Leitplanken setzen. Ich habe schon zu Beginn gesagt: Die Politik muss die Sicherheit der Studierenden und vernünftige Lehr- und Studierbedingungen gewährleisten. Dafür treten wir hier ein, und wir versuchen, das auszuarbeiten.

Es gibt in Deutschland gewisse Bandbreiten, innerhalb derer wir uns bewegen, auch Dinge, die wir nicht infrage stellen und meinungstechnisch in einem Diskurs kanalisieren müssen, sei es an einer Hochschule, auf politischem Terrain oder in einem Unternehmen, in dem man mit unterschiedlichen Religionen und ethnischen Herkunft zusammenarbeitet. Da gibt es keinen Unterschied. Es gibt gewisse Dinge, die man –

vorsichtig formuliert – nicht dem freien Lauf preisgeben darf. Deswegen ist es gut, dass wir uns heute damit beschäftigen.

An die Vertreter der ASten geht die Frage – ich weiß nicht, ob Sie, Herr Vorsitzender, noch einmal eine Antwort zulassen –, wie diese Diskriminierungsmelder funktionieren, ob die schon flächendeckend vorhanden sind, ob die tatsächlich funktionieren und wie das gelebt wird. Frau Steinmaus, Sie hatten die Diskriminierungsmelder angesprochen – oder Frau Pastuhoff? Oder waren Sie das, Frau Steinbeck? Frau Steinbeck war das – Entschuldigung.

(Prof.'in Dr. Anja Steinbeck [Landesrektorenkonferenz der Universitäten in NRW]: Das ist ein QR-Code vom AStA, und den kann man ...)

Vorsitzender Prof. Dr. Daniel Zerbin: Bitte keine Diskussion.

Raphael Tigges (CDU): Okay. Vielleicht können wir das gleich aufklären, damit wir über das Gleiche sprechen.

Vorsitzender Prof. Dr. Daniel Zerbin: Vielen Dank, Herr Tigges. – Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Ausschuss? – Ich sehe keine.

Ich erteile noch einmal den Landes-ASten das Wort und dann noch einmal Frau Steinbeck, falls Bedarf besteht.

David Wiegmann (Landes-ASten-Treffen NRW): Viele ASten betreiben Diskriminierungsmelder. Die Beratungsstellen wurden oft von der Studierendenschaft mit ihren eigenen Mitteln geschaffen, weil solche unabhängigen Stellen auf Hochschulebene bisher oft nicht vorhanden sind und wenige sonstige Initiativen bestehen.

Der AStA an der TU Dortmund forderte zu der Zeit, als ich dort Vorsitzender war, eine Stelle. Diese ist seit zwei Monaten aktiv. Ganz viele ASten fordern diese unabhängigen Stellen, allerdings gibt es auch ASten, die es gerne unter ihrer Kontrolle haben. Es besteht aber die Tendenz, dass solche Stellen an Universitäten vorhanden sein müssen, was nicht überall der Fall ist. Außerdem müssen sie unabhängig sowohl von der Hochschulleitung als auch von der Hochschulpolitik sein.

Die Hochschulpolitik bildet natürlich erst einmal das Wahlverhalten ab, wie es auch der Landtag tut. In diesem Landtag sitzen Extremist*innen, und leider sitzen manchmal auch in der Hochschulpolitik bzw. in verschiedenen Studierendenparlamenten Extremist*innen – sei es von rechts oder aus islamistischer Richtung. Wichtig ist eine Mehrheitsfindung. Wir sind hier als Koordination des Landes-ASten-Treffens, also der ausführenden Ausschüsse der Studierendenparlamente, und es gibt eindeutige Beschlüsse aus dem vorangegangenen Jahr. Wie in der Gesellschaft gibt es auch im System von Hochschulpolitik und studentischem Parlamentarismus Antisemitismus aus verschiedensten Richtungen gibt. Das muss man mitnehmen und berücksichtigen.

Vorsitzender Prof. Dr. Daniel Zerbin: Vielen Dank. – Frau Steinbeck, möchten Sie sich noch äußern? Wir haben noch ein paar Minuten Zeit.

Prof.'in Dr. Anja Steinbeck (Landesrektorenkonferenz der Universitäten in NRW): Nein, er hat es erklärt.

Vorsitzender Prof. Dr. Daniel Zerbin: Bevor ich Frau Ministerin das Wort erteile, gebe ich dem Jüdischen Studierendenverband NRW die Möglichkeit, sich abschließend kurz und sachlich zu äußern.

Jacob Horowitz (Jüdischer Studierendenverband NRW): In der vergangenen Woche hat Frau Strack-Zimmermann bei einer Preisverleihung zur Beschreibung der Situation einen wirklich sehr guten Satz gesagt: Jetzt ist der Moment gekommen, in dem wir auf den Prüfstand stellen, ob „Nie wieder!“ nicht nur eine Farce ist. – Das Land hat heute stark gezeigt, dass Sie sich für dieses Versprechen einsetzen. Meine Frage: Wieso wollen es die Hochschulen nicht tun?

Wieso ist eine Flagge wichtig? Viele jüdische Studierende haben Angst, in universitäre Räume zu gehen. Sie setzen ihre Kippot, ihre Kopfbedeckungen, ab und sind in gewisser Weise hoffnungslos.

Vorsitzender Prof. Dr. Daniel Zerbin: Herr Horowitz, das Flaggenproblem haben wir gerade schon besprochen. Ich bitte darum, zum Ende zu kommen.

Jacob Horowitz (Jüdischer Studierendenverband NRW): Ich finde nur, eine Flagge tut viel und sendet ein klares Zeichen an jüdische Studierende. Jedes Mal, wenn Freunde von mir die Flaggen vor den Ministerien sehen, fühlen Sie sich ein bisschen besser. Es hilft nicht komplett, aber es ist in der jetzigen Situation, in der Israel um seine Existenz kämpft, immer noch wichtig.

Vorsitzender Prof. Dr. Daniel Zerbin: Vielen Dank, Herr Horowitz. – Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Ministerin Ina Brandes (MKW): Die nordrhein-westfälische Landesregierung – das wissen Sie alle – steht fest an der Seite unserer israelischen Freundinnen und Freunde und an der Seite des Staates Israel. Wir unterstützen Israels Recht auf Selbstverteidigung gegen den beispiellosen Terror der Hamas.

Wir haben als Deutsche – das wissen wir alle – angesichts unserer Geschichte eine besondere Verantwortung. Das „Nie wieder!“, auf dem unser Grundgesetz fußt, ist heute, das „Nie wieder!“ ist jetzt. Die Sicherheit Israels ist deutsche Staatsräson. Dieser Satz ist richtig und unverrückbar. Er ist aber nur eine Seite der Medaille. Auf der anderen Seite gehört zu dieser Staatsräson auch, dass Jüdinnen und Juden sich in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen zu jeder Zeit sicher fühlen können müssen.

Die Art und Weise, wie wir uns jetzt für unsere jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger einsetzen und wie wir ihre Sicherheit garantieren, sagt auch etwas über den Zustand unserer Demokratie aus. Es ist unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass sich jüdische Menschen in Deutschland sicher fühlen können, und das gilt natürlich in besonderer Weise auch für unsere Hochschulen.

Jüdische und israelische Menschen müssen an unseren Hochschulen in Nordrhein-Westfalen sicher sein. Deswegen haben mich die Meldungen über antisemitische Vorfälle an Hochschulen in unserem Land betroffen gemacht – das wissen Sie; wir haben darüber gesprochen –, egal ob es Graffiti-Schmierereien, Attacken auf israelische Fahnen, Pöbeleien, Schmähungen, Flugblätter auf dem Campus oder auch Äußerungen in fragwürdigen WhatsApp-Chats sind. Wir dulden keinen Antisemitismus an unseren Hochschulen, und wir dulden es recht keinen Antisemitismus unter dem Deckmantel einer falsch verstandenen Wissenschaftsfreiheit.

Ich begrüße das heutige Gespräch sehr und bin sehr froh, dass wir miteinander in diesen Austausch gekommen sind.

Aufgabe der Hochschule ist es, ihrer Verantwortung im Rahmen der Hochschulautonomie zum Schutz jüdischer Studierender und Beschäftigter vor Ort gerecht zu werden. Aufgabe der Landesregierung ist es, den passenden Rechtsrahmen zu setzen, damit die Hochschulen die Studierenden und Beschäftigten effektiv schützen können.

Im Rahmen der momentanen Arbeiten an der Novelle des Hochschulgesetzes ist es das klare Ziel der Landesregierung, den Schutz der Studierenden und damit auch jüdischer Studierender vor Diskriminierung und Übergriffen effektiv zu stärken. Wir werden darüber hinaus mit den Hochschulen über weitere notwendige Maßnahmen sprechen. Ich nehme die heute diesbezüglich gegebenen Hinweise sehr gerne auf. Das ist unsere Verantwortung, der wir auch nachkommen werden.

Vorsitzender Prof. Dr. Daniel Zerbin: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Ich bedanke mich ganz ausdrücklich bei unseren Gästen und wünsche Ihnen alles Gute. Kommen Sie gut nach Hause.

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/5000

Vorlage 18/1502 (Erläuterungsband)

Einzelplan 06, Geschäftsbereich des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft

Beantwortung von Fragen der Fraktionen zum Einzelplan 06

Vorlage 18/1698

Vorlage 18/1699

Vorlage 18/1700

Vorlage 18/1766

Ausschussprotokoll 18/361 (Klausurtagung Haushalts- und Finanzausschuss)

– abschließende Beratung und Abstimmung

(Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 18/5000 an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – sowie an die zuständigen Fachausschüsse mit der Maßgabe, dass die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung seines Unterausschusses Personal erfolgt, am 23.08.2023)

Die vorliegenden Änderungsanträge einschließlich ihrer Begründungen sowie die jeweiligen Abstimmungsergebnisse sind Vorlage 18/1914 zu entnehmen.

Aus der Befassung mit den Änderungsanträgen der SPD-Fraktion ergibt sich für **Angela Freimuth (FDP)** eine Verständnisfrage zum Entwurf der Landesregierung zu Kapitel 06 072 Titel 684. In der Erläuterung stehe, dass eine Dynamisierung um 2 % vorgesehen gewesen sei. Sie könne das rechnerisch nicht nachvollziehen und bitte darum, ihr einen Hinweis zu geben, was die Berechnungsgrundlage für diese 2 % sei, damit sie den Änderungsantrag der Kollegen der SPD nachvollziehen könne.

Bei der Dynamisierung müsse bedacht werden, erläutert **LMR Axel Bendiek (MKW)**, dass die 2 % nicht einfach auf den Vorjahresansatz gerechnet werden könnten. Es sei etwas komplizierter. Es habe ja eine Systemumstellung bei der Ermittlung der Zuschüsse gegeben. Dementsprechend sei ein sogenannter Unterschiedsbetrag, der aus dem Vergleich der vorherigen und der neuen Berechnungssystematik herrühre, zu beachten. Insofern könnten nicht einfach 2 % auf den Vorjahreswert aufgeschlagen werden.

Auf die Bitte von **Angela Freimuth (FDP)** sagt **Ministerin Ina Brandes (MKW)** eine schriftliche Erläuterung zu, die sie auch selbst habe anbieten wollen, denn ihr sei klar, dass der Hinweis auf die veränderte Berechnungslogik die Frage von Angela Freimuth (FDP) nicht vollständig beantworte.

Dr. Bastian Hartmann (SPD) weist darauf hin, dass seine Fraktion bei der Haushaltsklausur konkret nach der Berechnung dieser Dynamisierung gefragt habe und zuletzt im Haushaltsausschuss noch einmal darauf aufmerksam gemacht habe, dass zu den offenen Fragen aus der Klausur noch keine Antworten vorlägen. Insofern räume er ein, dass das etwas überschlägig gerechnet sei auf der Grundlage der Erfahrungen der letzten Jahre, aber die Informationen dazu stünden auch noch aus.

LMR Axel Bendiek (MKW) erklärt, nach seiner Erinnerung habe sich die Frage bei der HFA-Klausur, die schriftlich beantwortet worden sei, auf die Berechnungsgrundlagen der Zuschüsse an die Träger der Weiterbildung bezogen und nicht auf die Dynamisierung. – **Dr. Bastian Hartmann (SPD)** bestätigt, dass die Erinnerung von Herrn Bendiek zutreffe.

Jan Matzoll (GRÜNE) hebt hervor, dass die Wissenschaft, die Forschungslandschaft und die Hochschulen einen ganz wichtigen Faktor bei der Transformation und für die Innovationsfähigkeit einer Gesellschaft darstellen.

Von daher könne man sehr glücklich sein, dass trotz der schwierigen Haushaltslage die Mittel im Wissenschaftsbereich insgesamt um über 3 % gestiegen seien, dass 250 Millionen Euro mehr in die Grundfinanzierung sowie in zusätzliche Studienplätze und Lehrende investiert würden und dass eine weitere halbe Milliarde Euro für den klimaneutralen Hochschulbau zur Verfügung stehe, was ja sowohl unmittelbar für die Erreichung der Klimaziele eine große Rolle spiele als auch den innovativen Vorbildcharakter der Hochschulen in den Vordergrund rücke. Über 111 Millionen Euro würden 2024 für Forschung, Infrastruktur, Personal und andere Maßnahmen wie Digitalisierung im Wissenschaftsbereich bereitgestellt. Auch das seien Punkte, die sowohl wissenschaftlich als auch wirtschaftlich für die Zukunft des innovativen Standortes NRW wichtig seien. Gleichzeitig steige die Landesförderung für die Weiterbildung um 6 Millionen Euro.

Das seien sehr erfreuliche Entwicklungen, und bei allen kleinteiligen Differenzen im demokratischen Wettbewerb lasse sich feststellen, dass hier in sehr schwierigen Zeiten ein nicht nur solider, sondern auch sehr pointierter Haushalt im Wissenschaftsbereich vorliege, dem seine Fraktion mit großer Überzeugung zustimmen könne.

Raphael Tigges (CDU) begrüßt im Namen seiner Fraktion den Haushaltsentwurf, mit dem trotz der schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen viele wichtige Dinge für die Hochschullandschaft umgesetzt werden könnten.

Trotz der widrigen finanziellen Umstände werde ein effizienter Hochschulbau weiter vorangetrieben. Man werde sich dafür einsetzen, den Sanierungsstau zu beseitigen,

was sicherlich nicht in einem Jahr gelingen werde, sondern sich noch über lange Zeit hinziehen werde. Gleichwohl setze man in diesem Haushalt mit 500 Millionen Euro Verpflichtungsermächtigungen sehr klare Zeichen und werde somit nicht nur dem Sanierungsstau entgegenwirken, sondern auch dem klimaneutralen Hochschulbau gerecht. Parallel kümmere man sich darum, die Verfahren im Hochschulbau zu beschleunigen, denn lange Prozesse kosteten auch viel Geld.

Er freue sich sehr, dass der Ausbau der Studienplatzkapazitäten vorangetrieben werden könne, insbesondere bei Studienplätzen zur Psychotherapie, Bachelorstudienanfängerplätzen im Grundschullehramt und im Lehramt für Sonderpädagogik. Allein da investiere man insgesamt rund 19 Millionen Euro zusätzlich. Hier bestehe gesamtgesellschaftlich enormer Bedarf, dem man damit gerecht werde.

Der Aufbau der Medizinischen Fakultät werde weiter konsequent verfolgt. Die Zusagen aus der Vergangenheit würden eingehalten und Gelder für Medizinstudienplätze zur Verfügung gestellt. Auch das sei ein wichtiges Zeichen für Nordrhein-Westfalen.

Weiterbildung – er glaube, da spreche er auch für Jens Kamieth, der das Thema für die CDU-Fraktion sehr intensiv begleite –: Er sei sehr froh, dass hier knapp 46 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden könnten, was eine deutliche Steigerung gegenüber dem Vorjahreshaushalt bedeute. Bei der Weiterbildungskonferenz vor Kurzem sei auch deutlich geworden, dass man in der Vergangenheit schon sehr klare Zeichen gesetzt habe, den Bereich der Weiterbildung zu stärken. Da befinde man sich weiter auf einem sehr guten Weg.

Trotz dieser schwierigen Haushaltssituation würden viele gute Akzente gesetzt, und er sei dem Ministerium sehr dankbar dafür, dass dort wirklich jeder Euro umgedreht werde, um zu gucken, wo effektiv unterstützt werden könne.

Man wolle, dass NRW das führende Bundesland werde, denn NRW habe eine tolle Hochschullandschaft mit vielen engagierten Lehrenden und Studierenden. Mit diesem Anspruch gehe man in die Zukunft.

Angela Freimuth (FDP) stimmt Raphael Tigges (CDU) zu, dass NRW in der Zukunft das führende Bundesland für Wissenschaft, Forschung und Innovation werden solle. Im Augenblick sei NRW das aber noch nicht. Die FDP-Fraktion werde ihren Beitrag dazu leisten, diese Wegstrecke gemeinsam erfolgreich zu gestalten.

Bei den letzten Haushaltsberatungen habe sie durchaus anerkannt, dass, was die Kliniken angehe, Bewegung in den Haushalt gekommen sei. Gleichwohl wiederhole sie ihre Bitte aus dem letzten Haushaltsberatungsverfahren, dass sich der Wissenschaftsausschuss einmal grundsätzlich damit auseinandersetze, was im Haushalt im Hinblick auf die energetische Sanierung der Gebäudesubstanz von Universitätskliniken und Hochschulen notwendig sei, um die Klimaziele und die selbstgesteckten Ziele bis 2035 erreichen zu können. Nach dem, was ihr berichtet werde, reiche das, was bisher geleistet werde, nicht aus, um das Ziel 2035 erreichen zu können.

Dass viele Ansätze fortgesetzt würden, habe sie auch beim letzten Haushaltsberatungsverfahren ausdrücklich anerkannt. Aber es gebe auch Bereiche, in denen sich ihre Fraktion eigene Impulse des Landes Nordrhein-Westfalen wünsche. Trotz der

schwierigen Haushaltslage könnten hier Signale gesetzt werden. Ihre Fraktion behalte sich vor, im weiteren Haushaltsberatungsverfahren noch Änderungen vorzuschlagen. Zum Beispiel in dem ganzen Bereich der Fusionsforschung könnten noch Akzente gesetzt werden, und auch im Hinblick auf die KI-Strategie könne sich ihre Fraktion eigene landespolitische Akzente vorstellen. Dem Anspruch und gemeinsamen Ziel, führendes Bundesland für Innovation, Wissenschaft und Forschung zu werden, werde dieser Haushaltsentwurf hier noch nicht gerecht.

Vielleicht legten die regierungstragenden Fraktionen noch Änderungsanträge vor. Ihre Fraktion könne dem Haushalt so noch nicht zustimmen.

Dr. Bastian Hartmann (SPD) gibt Raphael Tigges (CDU) recht. Nominell sei das natürlich ein Aufwuchs. Aber real sei es das nicht.

Eine ganze Reihe von Kritikpunkten von Angela Freimuth (FDP) könne er unterstreichen.

Die Verpflichtungsermächtigungen in Sachen Investitionen und Bausubstanz seien erst einmal ein guter Ansatz, er sei aber noch nicht davon überzeugt, dass das ausreiche.

Vor allem fehle seiner Fraktion das Leitmotiv der letzten Haushaltsberatungen, bei denen gemeinsam deutlich unterstrichen worden sei, wie sehr es darum gehe, die Strukturen krisenresilient zu machen. Das sehe er hier an manchen Stellen leider nicht.

Bei den Studierendenwerken sei immer noch eine massive Unterdeckung zu beklagen. Das beklagten die Studierendenwerke selbst auch sehr deutlich. Das habe seine Fraktion schon häufiger parlamentarisch so aufbereitet, dass dem nur noch hätte zugestimmt werden müssen. Dazu habe man sich aber nicht in der Lage gesehen.

Wenn die Studierendenwerke sehr deutlich sagten, dass ihnen ein im Vergleich zum Gesamthaushalt geradezu lachhaft kleiner Betrag in Höhe von 800.000 Euro in der sozialpädagogischen Beratung massiv helfen würde, sollte das beachtet werden.

Wenn NRW Forschungsland Nummer eins werden wolle, müssten auch die Forschungsinstitute entsprechend ertüchtigt werden und sicher durch die Krise geführt werden. Die dafür mindestens erforderliche Dynamisierung habe seine Fraktion vorgeschlagen.

Zur Weiterbildung: Aus Sicht seiner Fraktion reiche die Dynamisierung da nicht aus. Insbesondere der Sanierungsstau werde mit dem, was jetzt geplant sei, nicht behoben.

Auch wenn das in die Zuständigkeit eines anderen Ausschusses falle, wolle er deutlich machen, dass seine Fraktion die Kürzung im Bereich der politischen Bildung für völlig unverantwortlich und für geradezu fahrlässig halte. Hier wäre eine massive Stärkung notwendig, aber hier finde das Gegenteil statt.

Seine Fraktion lege für heute 19 Änderungsanträge vor. Er rege darüber hinaus aber noch einen gemeinsamen Änderungsantrag zu den Beratungs- und Meldestrukturen für Antisemitismus an Hochschulen an. Die Diskussion unter Tagesordnungspunkt 1 habe den massiven Bedarf aufgezeigt. Im Zehnpunkteplan der Regierung werde Antisemitismus an der Hochschule auch extra aufgeführt.

Seine Fraktion, so **Prof. Dr. Daniel Zerbin (AfD)**, schlage die Einrichtung einer Professur für Makrokriminalität vor. Angesichts unbeschreiblicher Kriegsverbrechen halte seine Fraktion insbesondere die Ursachenforschung für wichtig.

Raphael Tigges (CDU) kündigt an, dass seine Fraktion die Änderungsanträge der SPD-Fraktion ablehnen werde. Er habe den Eindruck, dass die SPD zwar anerkenne, dass viel Gutes getan werde, das aber dann nicht für ausreichend halte und deshalb von allem einfach noch ein bisschen mehr fordere. An verschiedenen Stellen werde der Haushaltsansatz einfach mal verdoppelt. Er könne nicht nachvollziehen, wie die Ansätze errechnet worden seien. Beispielhaft nenne er die Akquisemittel der JRF und die beantragte Mittelverdopplung auf 800.000 Euro.

Die Diskussion unter Tagesordnungspunkt 1 müsse jetzt bewertet werden und dann überlegt werden, wie damit umgegangen werde.

Zum Thema „Antisemitismus an Hochschulen“ stehe für **Ministerin Ina Brandes (MKW)** außer Zweifel, dass auf die zusätzlichen Anforderungen, was Beratungsangebote und Sicherheit angehe, reagiert werden müsse.

Angela Freimuth (FDP) habe auf den Sanierungsstau an Hochschulen hingewiesen, und Dr. Bastian Hartmann (SPD) habe das Thema „Resilienz“ und die Studierendenwerke angesprochen. Über beides werde auf jeden Fall an geeigneter Stelle noch weiter verhandelt werden, aber beides werde sich nach ihrer festen Überzeugung nicht alleine mit Geld lösen lassen.

Die Studierendenwerke hätten über die letzten drei Jahre hinweg einen Teil ihres Geschäftsmodells verloren. Das sähen sie im Übrigen auch selber so. Das lasse sich nicht sinnvoll nur mit zusätzlichem Geld lösen, sondern man müsse sich Gedanken darüber machen, wofür Studierendenwerke zukünftig zuständig sein sollten und wie sie diese Leistungen erbringen könnten, damit das dauerhaft vernünftig funktioniere. Das sähen die Studierendenwerke auch selbst so. Deswegen habe man auch gemeinsam dieses Gutachten in Auftrag gegeben, auf dessen Grundlage man sich dann darüber unterhalten könne, wie eine sinnvolle Unterstützung aussehen könne.

Was den Sanierungsstau angehe, werde auch Geld gebraucht, aber vor allen Dingen brauche es schnellere und schlankere Prozesse. Mit dem Thema beschäftige sie sich aktuell sehr intensiv in Zusammenarbeit mit dem Finanzministerium und dem BLB, und man habe inzwischen auch sehr konkrete Vorhaben, wie man diese Prozesse deutlich beschleunige und dafür Sorge, dass man dem Sanierungsstau, der über die letzten mindestens 30 bis 40 Jahre systematisch verursacht worden sei, beikomme. Dazu werde sie hier natürlich auch sehr gerne berichten.

Angela Freimuth (FDP) frage nach, wann mit den Ergebnissen des gemeinsam in Auftrag gegebenen Gutachtens zu den Studierendenwerken gerechnet werde, denn es wäre gut, wenn diese Ergebnisse zum nächsten Haushaltsberatungsverfahren vorlägen.

Ministerin Ina Brandes (MKW) hält den Anspruch für berechtigt, dass die Ergebnisse zur nächsten Haushaltsberatung vorlägen. Man befinde sich im Moment in sehr intensiven Gesprächen mit den Studierendenwerken, weil alle gemeinsam den dringenden Wunsch hätten, so schnell wie möglich Ergebnisse vorliegen zu haben, um auch gemeinsam schnell handlungsfähig zu sein. Denn darüber, dass Handlungsbedarf bestehe, herrsche Einvernehmen.

Vor diesem Hintergrund werde im Moment besprochen, ob einzelne Aspekte sinnvoll abgeschichtet werden könnten und das Gutachten schrittweise vorgelegt werden könne, um fortlaufend in eine inhaltliche Beratung kommen zu können und Konsequenzen ziehen zu können und nicht warten zu müssen, bis das gesamte Gutachten vorliege. Das hätte aber auch Nachteile, weil am Ende alles mit allem zusammenhänge.

Nach Ablehnung der Änderungsanträge stimmt der Wissenschaftsausschuss dem Einzelplan 06 im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses unverändert mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP bei Enthaltung der Fraktion der AfD zu.

3 Gesetz zur Änderung des Krankenhausgestaltungsgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen, des Hochschulgesetzes, der Universitätsklinikum-Verordnung und des Gesetzes zur Umsetzung des Transplantationsgesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/5804

Schriftliche Anhörung
des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Stellungnahme 18/947
Stellungnahme 18/979
Stellungnahme 18/993
Stellungnahme 18/1000
Stellungnahme 18/1003
Stellungnahme 18/1018
Stellungnahme 18/1021

– abschließende Beratung und Abstimmung

(Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 18/5804 an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales – federführend – sowie an den Wissenschaftsausschuss am 20.09.2023)

Rodion Bakum (SPD) erkennt an, dass einige Punkte im Gesetzentwurf sinnvoll seien, beantragt aber zu § 16 Abs. 5 Krankenhausgestaltungsgesetz Einzelabstimmung, weil seine Fraktion diese Änderung kritisch sehe. In der Vergangenheit hätten Kliniken, wenn sie gegen Entscheidungen des Ministeriums geklagt hätten, nicht selten gewonnen. Mit der vorgesehenen Regelung wären in Zukunft dann schon Strukturen abgebaut und könnten nicht wieder aufgebaut werden.

Letztes Jahr sei die Zuständigkeit für die Unikliniken geteilt worden. Gespräche mit den Unikliniken hätten ergeben, dass Abstimmungsbedarf zwischen den Ministerien bestehe, was Entscheidungen verzögere, beispielsweise wenn es um Finanzmittel für Bauvorhaben oder Forschungsvorhaben gehe. Er habe die Frage an die Ministerin, wie sie das jetzt nach einem Jahr einschätze und ob sie die geteilte Zuständigkeit für sinnvoll halte.

Prof. Dr. Daniel Zerbin (AfD) begründet, warum seine Fraktion den Gesetzentwurf ablehnen werde: Seiner Fraktion gingen die Änderungen zu weit. Den Parlamentsvorbehalt halte man für nicht ausreichend. Nach Überzeugung seiner Fraktion reichten die bisherigen Regelungen aus.

Seitens ihrer Fraktion bestünden Bedenken bezüglich § 16 Abs. 5 und § 10 Abs. 4, so **Angela Freimuth (FDP)**, und das Gesamtpaket überzeuge nicht.

Ministerin Ina Brandes (MKW) nimmt die Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsministerium in der gemeinsamen Verantwortung für die Universitätsklinika als sehr konstruktiv wahr. Sie halte diese Zusammenarbeit auch für dringend nötig, da das Gesundheitsministerium und das Wissenschaftsministerium gemeinsam für die Arbeit in den Universitätsklinika zuständig seien und sich auch dafür zuständig fühlten. Das sei auch gut und richtig so. Deswegen sei sie froh, dass das auch in den entsprechenden Gremien so abgebildet sei.

Der Wissenschaftsausschuss stimmt Art. 1 § 16 Abs. 5 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD zu.

Den Art. 2, 3, 4 und 5 des Gesetzentwurfs der Landesregierung stimmt der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und AfD bei Enthaltung der Fraktion der SPD zu.

Den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/5804 nimmt der Ausschuss unverändert mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und AfD bei Enthaltung der Fraktion der SPD an.

4 Gesetz zur Stärkung der Wissenschaftsfreiheit

Gesetzentwurf
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/6376

*(Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 18/6376 an den
Wissenschaftsausschuss am 27.10.2023)*

Prof. Dr. Daniel Zerbin (AfD) beantragt die Durchführung einer Anhörung. Jeder und jede sollte sich an den Universitäten wohlfühlen. Es sollte sich um neutrale Institutionen handeln, an denen nicht mit doppelten Standards agiert werde.

Der Ausschuss beschließt, eine Anhörung durchzuführen.

5 Die Grundschullehrerausbildung attraktiv und praxisnah gestalten – Nordrhein-Westfalen braucht eine Pädagogische Hochschule!

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/6373

(Überweisung des Antrags Drucksache 18/6373 an den Ausschuss für Schule und Bildung – federführend – sowie an den Wissenschaftsausschuss am 25.10.2023)

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD ab.

6 Wie wird die Entwicklungspauschale in der Weiterbildung eingesetzt? (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 1]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1842

Dr. Bastian Hartmann (SPD) schlägt vor, die Beratung auf die nächste Sitzung zu verschieben.

Angela Freimuth (FDP) ist damit einverstanden, die Aussprache zu verschieben, und bittet darum, in der nächsten Sitzung dann zwei Fragen zu beantworten:

Erstens interessiere sie, wie das Ministerium sicherstellen wolle, dass die Mittel der Entwicklungspauschale effektiv und zielgerichtet genutzt würden und insbesondere für die Förderung niedrighschwelliger Bildungsangebote.

Zweitens wolle sie gerne wissen, welche Art von Maßnahmen und Verlängerungen in Erwägung gezogen würden, falls die Evaluation der Entwicklungspauschale im Jahr 2026 Anpassungsnotwendigkeiten ergeben sollte.

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag von Dr. Bastian Hartmann (SPD), die Beratung auf die nächste Sitzung zu verschieben.

7 **Wie werden die Mittel aus dem Studiumsqualitätsgesetz an den Hochschulen in NRW eingesetzt?** *(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1841

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag von Dr. Bastian Hartmann (SPD), die Beratung auf die nächste Sitzung zu verschieben.

8 Verschiedenes

Der Ausschuss kommt überein, dass der Bedarfstermin am
6. Dezember 2023 entfällt.

gez. Prof. Dr. Daniel Zerbin
Vorsitzender

2 Anlagen

15.12.2023/10.01.2024



Dr. Bastian Hartmann MdL
Wissenschaftspolitischer Sprecher

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T 0211.884-20 73

bastian.hartmann@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion-nrw.de

SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den
Vorsitzenden des Wissenschaftsausschusses
Herrn Prof. Dr. Daniel Zerbin MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

17. Oktober 2023

Thema: „Wie wird die Entwicklungspauschale in der Weiterbildung eingesetzt?“ | Bitte um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung zur Sitzung des Wissenschaftsausschusses am 08.11.2023

Sehr geehrter Vorsitzender,

die demokratischen Fraktionen im Landtag NRW haben 2021 gemeinsam ein Gesetz zur Entwicklung des Weiterbildungsbildungsgesetzes beschlossen (Drs. 17/12755). Mit dem Gesetz wurden u.a. neue Förderinstrumente eingerichtet, um die Einrichtungen der Weiterbildung finanziell dazu in die Lage zu versetzen, auf Entwicklungen reagieren und auf die Zielgruppen angepasste Angebote entwickeln zu können. Ein Instrument ist dabei die Entwicklungspauschale. Das Ministerium für Kultur und Medien schreibt auf ihrer Homepage: „Die Entwicklungspauschale soll es den Einrichtungen ermöglichen auf aktuelle Herausforderungen besser zu reagieren. Sie kann beispielsweise für die Durchführung offener Angebote, die Entwicklung neuer Zugänge und die Stärkung der regionalen Vernetzung eingesetzt werden“¹.

Aufgrund der Bedeutung des Themas bittet die SPD-Fraktion die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht zum Thema „Wie wird die Entwicklungspauschale in der Weiterbildung eingesetzt?“ zur Sitzung des Wissenschaftsausschusses am 08.11.2023. Der Bericht soll dabei u.a. auf folgende Fragen eingehen:

¹ <https://www.mkw.nrw/weiterbildung-und-politische-bildung/allgemeine-weiterbildung/novellierung-weiterbildungsgesetz>



1. Wie interpretiert das Ministerium für Kultur und Wissenschaft die Verausgabung der Entwicklungspauschale? Gibt es dabei Unterschiede im Vergleich zur Auslegung der Träger?
2. Wofür wurde die Entwicklungspauschale bisher durch das Ministerium für Kultur und Wissenschaft bewilligt und welche konkreten Projekte oder Initiativen wurden damit unterstützt?
3. Besteht die Möglichkeit, die Interpretation der Entwicklungspauschale zu erweitern, wie es von den Trägern gewünscht wird? Wenn ja, unter welchen Bedingungen und in welchem Umfang wäre eine Erweiterung möglich?

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Bastian Hartmann MdL
Wissenschaftspolitischer Sprecher



Dr. Bastian Hartmann MdL
Wissenschaftspolitischer Sprecher

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T 0211.884-20 73

bastian.hartmann@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion-nrw.de

SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den
Vorsitzenden des Wissenschaftsausschusses
Herrn Prof. Dr. Daniel Zerbin MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

17. Oktober 2023

Thema: „Wie werden die Mittel aus dem Studiumsqualitätsgesetz an den Hochschulen in NRW eingesetzt?“ | Bitte um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung zur Sitzung des Wissenschaftsausschusses am 08.11.2023

Sehr geehrter Vorsitzender,

seit 2011 erhalten die Hochschulen in NRW bis heute als Ersatz für den Wegfall der Studiengebühren auf Grundlage des Gesetzes zur Verbesserung der Qualität in Lehre und Studium (Studiumsqualitätsgesetz) Mittel, die für die Verbesserung der Lehre und der Studienbedingungen eingesetzt werden sollen. Zusätzlich erhalten die Hochschulen Mittel aus dem „Zukunftsvertrag *Studium und Lehre stärken*“.

Ausweislich eines Berichts der Landesregierung an den Landtag (Vorlage 17/5667) legen die Hochschulen „dem Ministerium für Kultur und Wissenschaft in einem zweijährigen Rhythmus einen Bericht, in welchem sie über die Verwendung der Mittel berichten, vor“.

Aufgrund der Bedeutung des Themas bittet die SPD-Fraktion die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht zum Thema „Wie werden die Mittel aus dem Studiumsqualitätsgesetzes an den Hochschulen in NRW eingesetzt?“ zur Sitzung des Wissenschaftsausschusses am 08.11.2023. Der Bericht soll dabei aufzeigen, welche Hochschulen in NRW Mittel aus dem Studiumsqualitätsgesetz in welcher Höhe erhalten haben und wie die Mittel an den Hochschulen jeweils eingesetzt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Bastian Hartmann MdL
Wissenschaftspolitischer Sprecher

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.